



**6. Fachkonferenz
für sozial verantwortliche
IT-Beschaffung**

**21. und 22. Juni 2018
Hospitalhof Stuttgart**

Hintergründe zu Konfliktrohstoffen und Menschenrechtsverletzungen bei der Rohstoffgewinnung und dem Handel in der DR Kongo

Vortrag von Dr. Claude Kabemba, Southern Africa Resource Watch

Übersetzung: Marie Holdik

Einführung

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) verfügt über enorme natürliche Ressourcen, darunter Mineralien, Erdöl, Wasser, Wälder und landwirtschaftliche Flächen. Die DR Kongo ist eines der weltweit führenden Abbaugelände von Cobalt sowie großer Mengen an Kupfer, Coltan (Columbit-Tantalit), Gold, Silber und Erdöl. Der Abbau dieser Ressourcen geht mit schweren Menschenrechtsverletzungen einher. Menschenrechtsverletzungen gibt es nicht nur in konfliktreichen Gebieten wie im Osten des Landes, wo Coltan und Gold unter gewaltsamen Konflikten abgebaut werden, sondern auch in anderen Teilen des Landes, so zum Beispiel in Katanga, wo Kupfer und Cobalt gefördert werden. Die DR Kongo würde in ein Lehrbuch der Ökonomie passen, in dem es um Ressourcenkonflikte geht.

Diese Menschenrechtsverletzungen geschehen unter dem Druck, die Welt mit diesen seltenen Metallen zu versorgen, die jene für ihren technologischen Fortschritt benötigt. Einige der wichtigsten Mineralien hierfür sind Coltan, Gold, Kupfer und Cobalt.

Der Ursprung von Menschenrechtsverletzungen und Rohstoffabbau in der DR Kongo

Viele Berichte deuten fälschlicherweise darauf hin, dass die Rohstoffkonflikte in der DR Kongo in den 1990er Jahren mit dem Einmarsch der Nachbarländer begannen. Die jüngsten Rohstoffkonflikte der 1990er Jahre, die bis heute andauern, sind jedoch das Symptom eines alten Konfliktes, das mit der Kolonisierung begann. Deshalb können wir uns nicht mit Fragen der Menschenrechte und der natürlichen Ressourcen in der DR Kongo befassen, ohne etwas über die Geschichte des Landes zu wissen, die von Jahrhunderten der Plünderung durch zumeist ausländische Mächte handelt.

Hin und wieder rückt ein kostbares, unterschätztes Metall in den Vordergrund. In der DR Kongo gibt es immer Ärger, wenn ein Metall an Bedeutung gewinnt, denn das führte bisher bei seiner Gewinnung und Vermarktung immer zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Vor der europäischen Kolonisierung überfielen arabische Händler*innen Jahrhunderte lang das Gebiet, um Menschen zu versklaven.

- In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ließ König Leopold von Belgien 1885 die Wälder für Elfenbein und Kautschuk abholzen.
- Anfang des 20. Jahrhunderts übergab Leopold sein Privatreich an den belgischen Staat und die Kolonie wurde wegen ihres Mineralienreichtums, insbesondere Kupfer und Uran, geplündert.
- In den 1990er Jahren wurde Coltan zu einem der wichtigsten Metalle für den technologischen Fortschritt. Die steigenden Rohstoffpreise und die Entdeckung hoch geschätzter Rohstoffe wie Coltan im Kontext eines globalen Wirtschaftsbooms trugen dazu bei, die Konflikte anzukurbeln. Der Krieg von 1996, der bis heute andauert, fiel mit dem hohen Wert der Mineralien zusammen. Es gibt keine industrielle Produktion von Coltan in der DR Kongo. Das bedeutet, dass die gesamte Produktion von kongolesischen Leuten durchgeführt wird.
- Seit 2014 gewann Cobalt an Bedeutung. Cobalt wird sowohl industriell als auch handwerklich abgebaut. Insbesondere im handwerklichen Bergbau finden Menschenrechtsverletzungen statt. Hier arbeiten manchmal Kinder und schwangere Frauen unter sehr unsicheren Bedingungen. Seit 2014 gewann Cobalt an Bedeutung und es besteht bereits ein Wettbewerb unter westlichen Unternehmen über den Zugang und die Kontrolle von Cobalt. Cobalt schafft ein neues Risiko für Krieg und Menschenrechtsverletzungen. Die Konkurrenz zwischen China und dem Westen erschwert die Sache zusätzlich. Das Ziel aller ist, weltweit führend in fortschrittlichen Technologien, wie künstliche Intelligenz, autonome Fahrzeuge, Elektroautos, grüne Technologien und Biotechnologie, zu sein. Und China stimmt zu – es will Waren mit höherer Wertschöpfung exportieren, vor allem solche mit hohem Innovationsgehalt. Die Interessen liegen mehr auf einer Linie, als beide Seiten zugeben wollen.

Menschenrechtsverletzungen bei der Ausbeutung von Rohstoffen in der DR Kongo

Während die direkten Auswirkungen von Kriegen verheerend waren und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen, sind die Auswirkungen auf die Gesundheit und das soziale und psychologische Wohlbefinden der Menschen durch die Bedingungen, die im handwerklichen Abbau der 3TG (Zinn, Tantal und Wolfram) sowie beim Goldabbau herrschen, deutlich stärker. Die 3TG halten die Gewalt im Osten der DR Kongo aufrecht. Es gibt Geschichten über Todesfälle durch den Zusammenbruch von Minen, Krankheiten, Gewalt, Wasserverschmutzung, Entwurzelung von Familien, Kinderarbeit, etc.

Selbst die industrielle Gewinnung von Gold bringt keine Entwicklung für die DR Kongo. Der Bergbau hat keinen positiven Mehrwert für das Leben der Kongoles*innen. Für die Kongoles*innen hat der Bergbau vielmehr negative Auswirkungen – Verdrängung, soziale und ökologische Auswirkungen (Crackhäuser, Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung sowie Zerstörung der Vegetation), un-

terbezahlte Arbeiter*innen, die unter schlechten Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen arbeiten. Wir erleben auch eine Zunahme sozialer Ungleichheiten und weit verbreiteter sozioökonomischer Benachteiligung. Diese Menschenrechtsverletzungen sind der Grund für die Auseinandersetzungen zwischen Gemeinden und Unternehmen.

Einige der zentralen Menschenrechtsverletzungen sind:

- Schlechte Bezahlung für handwerkliche Bergarbeiter*innen: Handwerkliche Bergleute werden von Zwischenhändler*innen ausgebeutet, die die Rohstoffe billig aufkaufen.
- Bodendegradation: unbedeckte Gruben, Waldbrände zerstören Weiden für Vieh und Wildtiere, Abholzung und Verlust der biologischen Vielfalt, Überfischung und mögliche Ausrottung bestimmter Baumarten
- Umwelt: Illegale Praktiken haben verheerende Auswirkungen auf die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter*innen sowie der angrenzenden Gemeinden und der Umwelt.
- Soziale Herausforderungen: Kinderarbeit, Schulabbrecher*innen und Schwangerschaften von Minderjährigen, Prostitution, Alkoholismus und Morde, ein mit Konflikten behaftetes Zusammenleben, Menschen auf der Flucht, Verschmutzung von Wasser und Staudämme
- Aufrechterhaltung der Armut: Die Bergleute selbst befinden sich in einer Armutsfalle, der sie nur schwer entkommen können.
- Gesundheitsprobleme: Malaria, Ausbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten, keine Schutzkleidung
- Wirtschaftliche Herausforderungen: ein Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln, die Landwirtschaft leidet, Anbauflächen werden weniger, Verlust von Tierbeständen
- Raum für Kriminalität: Insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt im Bereich des handwerklichen Goldabbaus ist ein großes Problem, das dringend angegangen werden muss.

Das Problem des Staates

Der Zusammenhang der natürlichen Ressourcen und der Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo ist die Existenz eines schwachen Staates. Dieser ist nicht in der Lage, Menschenrechtsverletzungen sowohl in der Industrie als auch bei handwerklichen Tätigkeiten zu beheben. Die DR Kongo ist ein schwacher Staat, der seine Ressourcen und seine Menschen nicht schützen kann. Die Kombination aus einem schwachen Staat und dem Überfluss an natürlichen Ressourcen schafft Möglichkeiten für externe und interne Akteur*innen, dieses Machtvakuum zu gebrauchen, um die natürlichen Ressourcen durch Missbrauch der dürftigen Kongoles*innen auszunutzen.

Aufgrund der Armut können Kongoles*innen nicht zwischen guter und schlechter Arbeit unterscheiden. Die Kongoles*innen sind bereit, ausgebeutet und missbraucht zu werden, solange sie Nahrung für den Tag finden können.

Es ist beunruhigend, dass Kongoles*innen selbst – Politiker*innen und Vertreter*innen der kongolesischen Armee – an der Ausbeutung der Rohstoffe beteiligt sind und ihre eigene Gesellschaft missbrauchen.

Regionale Dimension von Konfliktrohstoffen und Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo

Als der von den Nachbarländern der DR Kongo Ruanda und Uganda geführte Krieg von 1998 sein Hauptziel, Präsident Laurent Kabila zu stürzen, nicht erreichte, verwandelte er sich in einen Rohstoffkonflikt mit dem Schwerpunkt auf der Ausbeutung der 3TG und des Goldes. Dies fiel mit einem Preisanstieg der 3TG, die im Osten der DR Kongo zu finden sind, zusammen. Der Krieg wurde so zu einem Konflikt über die Vormachtstellung dieser Rohstoffe. Aufgrund wirtschaftlicher Interessen wurde der Krieg trotz ernsthafter nationaler, regionaler und internationaler Bemühungen um Friedensverhandlungen fortgesetzt. Es gibt Nachbarländer, die direkt und indirekt an der Ausbeutung der Mineralien der DR Kongo beteiligt sind. Menschenrechte werden dabei nicht beachtet. Für sie ist der Zugang zu den Rohstoffen wichtig, nicht die Menschen.

Alle bewaffneten Gruppen verließen sich bei der Gewinnung der Mineralien auf kongolesische Arbeitskräfte. Der Markt existierte und auch die immer größer werdenden Milizen wandten sich der Gewinnung von Mineralien zu. Die bereits verarmte Bevölkerung wollte nicht zusehen, wie die Mineralien abgebaut werden, ohne davon zu profitieren. Diese Mineralien geben Anlass zur Sorge, denn massive Menschenrechtsverletzungen treten entlang ihrer ganzen Wertschöpfungskette auf.

Schnittpunkt zwischen Menschenrechten und der Rohstoffindustrie

Es gibt zwei Argumente – das moralische und das rechtliche.

Das moralische Argument ist einfach zu verstehen. Hier wird davon ausgegangen, dass die Eigentümer*innen der Ressourcen die Hauptbegünstigten sein müssen. Wenn dies nicht der Fall ist, werden Menschenrechte verletzt. Wenn multinationale Unternehmen ihre Investitionen für viel wichtiger erachten, sind diese bereit, Menschenrechte zu unterbinden.

Das rechtliche Argument legt nahe, dass Menschenrechte verletzt werden, wenn der Rohstoffabbau ohne Rücksicht auf nationale Gesetzgebungen, internationale Gesetze, Normen und Standards von Transparenz und Rechenschaftspflicht stattfindet. Dies geschieht normalerweise in schwachen Staaten oder in Situationen, in denen der Staat fast nicht vorhanden ist, wie im Fall der DR Kongo.

Es gibt internationale, regionale und nationale Rechtsinstrumente, die festlegen, wie die natürlichen Ressourcen genutzt und wie die Vorteile geteilt werden sollen. Auf internationaler Ebene hat die UNO mit ihrer Resolution 1803 das Prinzip der Souveränität der Staaten über ihre Ressourcen anerkannt. Während es den Staaten einen großen Ermessensspielraum lässt, über ihre Ressourcen nach eigenem Ermessen zu verfügen, schreibt die Resolution auch den Kontext vor, in dem die Staaten handeln müssen. Sie verlangt von den Staaten, die eigene Souveränität im Interesse der Menschen auszuüben. Darin heißt es: „Die Rechte der Menschen und Nationen auf dauerhafte Souveränität über ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen müssen im Interesse ihrer na-

tionalen Entwicklung und des Wohlergehens der Menschen des betreffenden Staates ausgeübt werden“. Im Falle der DR Kongo mit einem schwachen Staat und korrupten Politiker*innen, erobern multinationale Unternehmen den Staat und setzen ihren Willen durch, wie sie wollen. Es ist die Unterordnung des kongolesischen Staates unter multinationale Interessen, die im Mittelpunkt der Menschenrechtsverletzungen steht.

Die Doktrin der permanenten Souveränität findet sich auch in der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die 1974 von der UN-Generalversammlung als Kernstück der sogenannten „Neuen Internationalen Ordnung“ verabschiedet wurde. Es gibt weitere internationale Grundsätze, die die Achtung der Menschenrechte bei der Rohstoffgewinnung unterstützen. Dazu gehört der Wirtschafts- und Sozialrat der UN, der sich für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte engagiert. Er schreibt vor, dass „der Missbrauch von Ressourcen einer Nation eine Verletzung der Menschenrechte ist“ und er „verpflichtet Staaten dazu, die darin festgelegten Rechte zu respektieren, zu schätzen und zu erfüllen“. Auf afrikanischer Ebene sieht die 1986 verabschiedete Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker, die auch die DR Kongo unterzeichnet hat, in Artikel 21 vor, dass „alle Menschen frei über ihren Reichtum und ihre natürlichen Ressourcen verfügen. Dieses Recht wird ausschließlich im Interesse der Menschen ausgeübt. Auf keinen Fall darf es den Menschen vorenthalten werden. Im Falle einer Plünderung haben die enteigneten Personen das Recht auf rechtmäßige Rückgabe ihres Eigentums sowie auf eine angemessene Entschädigung“.

Im Jahr 2009 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union die African Mining Vision (AMV). Die AMV betont erstens die Notwendigkeit, den Bergbau in den Strukturwandel der Volkswirtschaften und Gesellschaften einzubeziehen, zweitens den Vorrang der nationalen demokratischen Souveränität und Kontrolle über die Ressourcenausbeutung des Landes und die Festlegung ihrer Nutzung, drittens die Anerkennung der Rechte der Wählerschaften und deren Beteiligung an der Formulierung der Bergbaupolitik sowie der allgemeinen Entwicklungspolitik und viertens die Verpflichtung zum Aufbau nationaler Institutionen für die wirksame Umsetzung dieser Prinzipien. Auf nationaler Ebene schreibt die Gesetzgebung der Länder vor, wie Mineralien gefördert werden sollen. Die kongolesische Verfassung erkennt die Staatsouveränität über die Ressourcen an, die die DR Kongo im Namen aller Bürger verwaltet. Dieser Grundsatz weist auf eine wichtige Schlussfolgerung hin: Das Interesse an kommerziellen Verträgen, die von Bergbauunternehmen unterzeichnet wurden, kann nicht das Interesse der Eigentümer*innen der Ressourcen außer Kraft setzen. Wenn dies geschieht, ist es im Rahmen des Rechts der Menschen, die Regierung und Unternehmen vor Gericht zu bringen, um sicherzustellen, dass dieser Widerspruch angegangen wird.

Von internationalen bis hin zu regionalen und nationalen Gesetzen zeigt sich, dass das Konzept der Menschenrechte aus zwei Perspektiven betrachtet werden kann. Erstens als ein vom (nationalen oder internationalen) Gesetz verliehener oder zugelassener Anspruch auf Menschlichkeit, zweitens als Gewohnheitsrecht, das von den in der DR Kongo lebenden Gesellschaften anerkannt wird. Was auch immer die Quelle dieser Menschenrechte sein mag, ein gemeinsamer Hauptpunkt ist, dass sie alle dazu bestimmt sind, die Würde der Menschen zu wahren und die menschliche Entwicklung zu fördern. Aus diesem Grund wird gefordert und erwartet, dass die (in- und ausländi-

schen) Rohstoff gewinnenden Unternehmen Strategien und Methoden einführen und umsetzen, die die Menschenrechte respektieren. Ebenso wird von den Regierungen erwartet, dass sie Gesetze und Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte einführen und deren Durchsetzung sicherstellen. Leider werden die meisten Afrikaner*innen von skrupellosen in- und ausländischen Investor*innen ausgebeutet und ihrer Ressourcen beraubt.

In einem Kontext, in dem Gesetze und Grundsätze bestehen, wird deutlich, dass Menschenrechtsverletzungen durch Bergbauunternehmen eine Folge der mangelnden Fähigkeit afrikanischer schwacher Staaten sind, ihre eigenen Gesetze und Vorschriften durchzusetzen. Dies offenbart die Schwäche des Staates, da er durch nationale Gesetzgebungen und internationale Regelungen eigentlich die Befugnis erhielt, die Ressourcen im Interesse der Menschen zu bewirtschaften. Das Auftreten von Menschenrechtsverletzungen betrifft natürlich die Akteur*innen in den Unternehmen. Es ist jedoch ein Querschnittsthema und betrifft den Regulierungsrahmen sowie die Fähigkeit – und somit die institutionelle Kapazität –, Themen der Partizipation und politischen Entscheidungen zu beobachten und durchzusetzen.

Das Problem von Bergbauunternehmen bestand immer darin, dass sie ihren Gewinn an erster Stelle setzen und nicht das Wohlergehen der Mitarbeiter*innen, deren Familien und der Gemeinden in den Gebieten, in denen sie tätig sind. Das Verhalten der meisten Bergbauunternehmen basiert auf der Art und Weise, wie das jeweilige Unternehmen geschützt ist. Wenn ein Unternehmen seinen Weg zur Sicherung der Bergbaurechte durch Bestechung erlangt hat, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es auch die Menschenrechte, die Umwelt und die soziale Verantwortung missachtet. So stimmt es auch, dass ein solches Unternehmen seine Mitarbeiter*innen nicht entsprechend behandeln und es keinen Schaden durch korrupte Praktiken, wie Steuerhinterziehung und illegale Finanzströme, erlangen wird. Deshalb muss die Schnittstelle zwischen Menschenrechten und der Rohstoffindustrie ganzheitlich betrachtet werden.

In der DR Kongo betrachten multinationale Unternehmen die Förderung besserer Lebensbedingungen im gesellschaftlichen Umfeld als unnötige Kosten, die ignoriert werden können, da der Staat, der Sanktionen verhängen sollte, nicht existiert. Es ist klar, dass die Beachtung der Menschenrechte durch Unternehmen ein wichtiger Teil ihrer sozialen Lizenz ist. Aber der Umfang der Verpflichtungen, die ihnen durch internationale Menschenrechtsgesetze auferlegt werden, ist begrenzt und mit dem Zuwachs an globaler Macht und der Reichweite von Unternehmen umstritten. Außerdem ist die innerstaatliche Regulierung oft völlig unzureichend, um die Menschenrechte vor Unternehmen zu schützen. Die Frage der Menschenrechtsverletzungen ist daher nicht marginal oder etwas, das „ergänzt“ werden muss, wenn Auswirkungen betrachtet werden. Sie ist auch kein Thema, das vor allem oder nur Bergbauunternehmen und deren Strategien sozialer Unternehmensverantwortung betrifft. Sie betrifft alle Stakeholder – Staaten, Rohstoffunternehmen, Kommunen und die Zivilgesellschaft.

21. Juni 2018